

Otto Graf, Neumühle, Dorlar, und als Vertreter der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Helfer in Steuer-sachen Herr Wirtschaftsprüfer Karl Hübner, Wetzlar, der die Kammer schon in verschiedenen Ausschüssen vertritt, zugewählt.

In der Aussprache wies Herr Dr. Müller zu der Frage der Arbeitsbeschaffung und Notstandsarbeiten darauf hin, daß nunmehr nach zwei Monaten, seit das entsprechende Gesetz vom Bundestag beschlossen worden wäre, noch nichts Positives geschehen sei. Es mache sich hemmend bemerkbar, daß die Etats der Länder und Kommunen erst am 1. April beginnen und daher die Mittel für das Auf-leben der Bautätigkeit zu einem zu späten Zeitpunkt zur Verfügung ständen. Herr Wiedling bemerkte, daß die Ar-beitgemeinschaft der hessischen Kammern diese Frage bereits aufgegriffen habe und gab der Kammer den Auf-trag festzustellen, wie weit der Vorstoß schon gemacht sei und ihn gegebenenfalls zu beschleunigen. Herr Dr. Pfeiffer warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, welche Möglichkeiten beständen, auf die Stadtverwaltung einzuwirken, ihren Etat früher zu verabschieden. Die Frage soll mit Herrn Bürgermeister Dr. Hager besprochen werden. In der Frage der Durchführung der Bundesstraße 277 durch Wetzlar vertrat der Beirat einmütig die Auf-fassung, daß das Philosophenwegprojekt wegen seiner rechten Winkel am Bollerbrückenplatz, an der Eisernen Brücke und an der Haarbachstraße sowie dem neu ent-stehenden Winkel an der Franzenburg nicht wirtschaft-licher Vernunft entspräche und als Fehlinvestition be-trachtet werden müßte. Das Hegelbachtalprojekt sei auch bei höheren Kosten und längerer Bauzeit verkehrstech-nisch die bessere Lösung.

### Juniorenkreis

Die Kammer lud am Dienstag, dem 28. März 1950 junge Unternehmer, Söhne und Töchter von Unternehmern sowie junge Angestellte, die als besonders geeignet von ihren Betrieben namhaft gemacht wurden, zu einer Besprechung zwecks Gründung eines Juniorenkreises ein.

Zu Beginn erläuterte Hauptgeschäftsführer Zühlecke Zweck u. Ziel des Kreises, indem er ausführte, sei sei grundsätzlich verkehrt, seine wirtschaftlichen Interessen auf den eigen-en Betrieb zu beschränken. Der junge Unternehmer müsse sich frühzeitig mit allen wirtschaftlichen und wirt-

schaftspolitischen Zusammenhängen vertraut machen. Er wies darauf hin, daß die verschiedenen Wirtschaftsstufen und -branchen voneinander abhängig seien und sich er-gänzen müßten. Ein Gegeneinanderarbeiten könne ver-mieden werden, wenn der eine die Schwierigkeiten und Nöte des anderen kenne und von dessen Wichtigkeit über-zeugt sei. Im Juniorenkreis solle in zwanglosen Ausspra-chen dieses Wissen vermittelt und das gegenseitige Ken-nenlernen gefördert werden. Es sei vorgesehen, für spe-zielle Themen Fachleute hinzuzuziehen. Darüber hinaus sei an Betriebsbesichtigungen gedacht.

Ferner erläuterte Herr Zühlecke den Aufbau der Wirt-schaftsorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Industrie- und Handelskammern, deren geschichtliche Entwicklung sowie ihre heutige Stellung in der Wirtschaft. Um für die künftigen Besprechungen des Juniorenkreises Anknüpfungspunkte zu erhalten, gab er anschließend ge-meinsam mit den einzelnen Sachbearbeitern einen Ueber-blick über die verschiedenen Aufgabengebiete der Kammer.

In der darauffolgenden Aussprache wurde Form und Häufigkeit der weiteren Zusammenkünfte des Juniorenkreises erörtert.

Am 17. 4. 1950 fand die 2. Sitzung des Juniorenkreises statt, bei der das Thema „Die Liberalisierung des Außenhandels“ auf der Tagesordnung stand.

Zu Beginn erklärte Präsident Wiedling in kurzen Aus-führungen den Begriff der Liberalisierung, die eine freie Marktwirtschaft über das eigene Land hinaus dar-stelle, bei der die Länder es ihrer Wirtschaft überlassen, welche Waren und welche Mengen ein- bzw. ausgeführt werden. Es käme weniger darauf an, die Zölle zu beseiti-gen, die lediglich dazu dienen, bestimmte Industrien vor ausländischer Konkurrenz zu sichern; dagegen sei es not-wendig, eine freie Konvertierbarkeit der Währungen her-beizuführen. Im Hinblick darauf, daß 1952 die Marshall-plan-Hilfe ablaufe, sei die Liberalisierung des Außenhan-dels, durch die eine wesentliche Steigerung des Exportes zu erwarten ist, für die Bundesrepublik von hervorragen-der Bedeutung. Bis zu diesem Zeitpunkt, von dem man nicht wisse, ob er noch einmal hinausgeschoben werden könne, müsse erreicht werden, daß sich unsere Einfuhr aus den Exporterlösen decke.

In der lebhaften Unterhaltung, die sich an den Vortrag an-schloß, kam man zunächst auf die Mängel des derzeitigen Ausfuhrverfahrens zu sprechen. Hierbei wurde beson-ders auf die Schwierigkeiten bei der Überwindung for-meller Exportvorschriften und bei dem Aufbau guter Aus-landsvertretungen, bedingt durch das Fehlen konsulari-scher Vertretungen sowie durch das komplizierte Verfah-ren bei Geschäftsreisen ins Ausland, hingewiesen. Allge-mein wurde anerkannt, daß die von der amerikanischen Besatzungsmacht geforderte Liberalisierung durchaus in unserem Sinne und deshalb zu begrüßen sei, jedoch unter der Voraussetzung, daß sich alle Staaten hierzu bekennen. Für die Steigerung der Ausfuhr im Rahmen der fortschrei-tenden Liberalisierung sei es notwendig, neue Absatz-märkte zu erschließen bzw. solche, die während des Krie-ges verlorengegangen, wieder zurückzugewinnen. Hierbei wurde die Wichtigkeit einer großzügigen und fortschritt-lichen Auslandswerbung betont.

Die nächste Zusammenkunft, auf der Fragen des Ein-kommensteuergesetzes behandelt werden sol-len, findet am Dienstag, dem 16. Mai 1950, statt.

## INHALT

	Seite
<b>1. Sitzung des neugewählten Beirates</b>	1
Juniorenkreis / Mitbestimmungsrecht	2
Hattenheimer Besprechungen	3
Präsident Ludwig Rinn 60 Jahre	3
Handlungskosten im Einzelhandel / Verbot des Behördenhandels / Außenhandelsnachrichtendienst	4
<b>Finanz- und Steuerwesen</b>	4
Neues Einkommensteuergesetz	4
Volkseinkommen und Steuerlast / Vermögens-steuervorauszahlung 1949/50 / Umsatzsteuervergünstigungen bei Bezügen aus Berlin	5
Soforthilfemittel / Zahlungs- und Geschäfts-verkehr in und mit Westberlin	6
<b>Rechtswesen</b>	6
Erstes Wohnunzbaugesetz	6
Gewerblicher Rechtsschutz	7
<b>Verkehr</b>	7
Landesverkehrsverband Hessen e. V., Gebiets-ausschuß Lahn-Dill	7
Eisenbahnverkehr	8
Postverkehr	9
<b>Berufsausbildung</b>	9
Lehrabschlußprüfungen Frühjahr 1950 / Prüfung in Kurzschrift und Maschinenschreiben / Be-rufsausbildung im Einzelhandel	9
<b>Verschiedenes</b>	10
Arbeitsjubiläen / Messen und Ausstellungen	10
„Die Ferienreise“ / Statistik / Neuerscheinungen an Büchern, Zeitschriften und Katalogen	11
Handelsgerichtliche Eintragungen	12

### Mitbestimmungsrecht

Die hessischen Unternehmer, vertreten durch die Arbeits-gemeinschaft der hessischen Arbeitgeberverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Hessen und die Landesvertretung Hessen im Bundesverband der deutschen Industrie erklären zur In-kraftsetzung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes in Hessen folgendes:

Die hessische Wirtschaft hat sich in der vergangenen Zeit mit Nachdruck gegen die Inkraftsetzung des wirtschaft-lichen Mitbestimmungsrechts gemäß dem Hessischen Be-triebsrätegesetz gewandt. Sie wurde dabei in erster Linie von der Besorgnis geleitet, daß eine Zersplitterung des deutschen Rechts unter allen Umständen vermieden wer-den müsse. Nachdem feststeht, daß der Bundestag dem-nächst das Recht der Mitbestimmung für das gesamte Ge-biet der deutschen Bundesrepublik durch ein entsprechen-des Gesetz regeln will, widerspricht es dem Grundsatz des Artikels 151 der Hessischen Verfassung, daß die Landes-regierung nunmehr nach Aufhebung der 1948 von der Be-satzungsmacht ausgesprochenen Suspendierung der §§ 30 (1), 32 (1) und 52-55 des Hessischen Betriebsrätegesetzes die Bestimmungen über das wirtschaftliche Mitbestim-mungsrecht in Kraft gesetzt hat.